

Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 6 (1938-1939)
Heft: 11

Artikel: Die Politik der Mächte und wir
Autor: Salis, J.R. von
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-760262>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 12.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Politik der Mächte und wir

Von J. R. von Salis

Fliessende Grenzen

Vor mir liegen drei Karten des politischen Europa. Die erste befindet sich in einem schweizerischen Schulatlas aus dem Jahr 1911. In grossen Flächen dehnen sich, von der kleinen Schweiz wie von ihrem gemeinsamen Mittelpunkt nach fünf Meeresküsten ausstrahlend, die vier Grossmächte über den Kontinent: Frankreich, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Italien. An der Südwestgrenze Frankreichs verbindet Spanien wie eine breite Brücke Europa mit Afrika; an der Nordostgrenze Deutschlands und Oesterreichs beginnt der russische Koloss; die Balkanhalbinsel ist beherrscht von der europäischen Türkei; eingeschachtelt zwischen dem Reich der Habsburger und dem Osmanischen Reich liegen die Kleinstaaten Montenegro, Serbien, Bulgarien und Rumänien.

Die zweite Karte gehört zum „Atlas général“ von Vidal-Lablache (Ausgabe 1928). Der Weltkrieg hat die westliche Hälfte des Kontinents fast unberührt gelassen; mit Ausnahme der Rückkehr Elsass-Lothringens zu Frankreich sind, von der Nordspitze Hollands bis und mit der nordafrikanischen Küste, die politischen Grenzen zu Lande und im westlichen Mittelmeer unverändert geblieben. Aber die östliche Hälfte (westlich und östlich sind von der Schweiz aus verstanden) hat vollkommen ihr Gesicht verändert. Russland ist weit nach Osten zurückgedrängt und hat keine gemeinsame Grenze mit Deutschland mehr; die europäische Türkei ist auf eine kleine Landzunge zusammengeschrumpft. Man möchte sagen, das östliche Europa sei von Griechenland im Süden bis Finnland im Norden, von den Dardanellen bis an den Bodensee „balkanisiert“ worden. Ein langgestrecktes Jugoslawien, Grossrumänien und ein grosses

Polen sind die Eckpfeiler eines neuen Staatensystems; zwischen ihnen und Deutschland liegen — an der Ostsee — Lettland und Litauen, in Zentraleuropa die Tschechoslowakei, Oesterreich und Ungarn. Italien hat sich die irredentistischen Provinzen angegliedert, Polen hat seine historischen Bestandteile zurückbekommen. An der östlichen Schweizergrenze trennt nicht mehr eine Grossmacht Deutschland von Italien, sondern nur noch der schmale Streifen des Vorarlberg und des verkleinerten Tirol.

Die dritte Karte ist Anfang 1939 vom Verlag Velhagen und Klasing in Leipzig herausgegeben worden unter dem Titel: „Das neue politische Gesicht Mitteleuropas mit den endgültigen Grenzen der Tschechoslowakei.“ Wieder gibt es im Westen nichts Neues. Im Osten sind Oesterreich und die Randgebiete der Tschechoslowakei im neuen grossdeutschen Reich aufgegangen. Ungarn hat sich in nördlicher Richtung vergrössert. Polen hat sich in seiner Südwestecke zwischen dem Jablunka-Pass und Mährisch-Ostran festgesetzt. Diese Karte verzeichnet somit die Ergebnisse der beiden ersten grossen Revisionen der in den Friedensverträgen von 1919 geschaffenen territorialen Verhältnisse: den Anschluss Oesterreichs vom 13. März 1938 und die Angliederung der deutschen Gebiete Böhmens und Mährens, die im Abkommen von München vom 29. September 1938 sanktioniert worden sind. Gegenüber dem Zustand, wie er vor dem Weltkrieg herrschte, ist bemerkenswert, dass die deutsche Revisionspolitik nicht im Sinn der Wiederherstellung des ehemaligen Hohenzollernreiches vorgegangen ist, sondern im Sinn einer beginnenden Angliederung der ehemaligen österreichischen und böhmischen Kronländer an Deutschland. Während Frankreich und Polen unberührt blieben, stiess das Dritte Reich, das sich von der preussischen und Bismarck'schen Tradition zu entfernen begann, nach Südosten, in den Donaauraum und gegen den Balkan vor. An der östlichen Schweizergrenze stossen nunmehr Deutschland und Italien aneinander.

Deutschland in Mitteleuropa

Seit dem 15. März 1939 hat auch diese dritte Karte keine Gültigkeit mehr. Das verkleinerte Böhmen und Mähren, das seit München nur noch eine Enklave im grossdeutschen Raum war und bloss einen schmalen Verbindungsgang zur Slowakei

hatte, ist über Nacht im Dritten Reich aufgegangen. Die von Hitler gewählte Form des „Protektorats“ ist die letzte Andeutung, dass es sich hier um ein anderes Volk und einen vormals selbständigen Staat handelt. Die Slowakei, deren Autonomiebestrebungen und Handel mit der Prager Regierung unmittelbarer Anlass oder Vorwand des deutschen Eingreifens waren, hat sich durch den Vertrag vom 23. März in ein enges wirtschaftliches und militärisches Abhängigkeitsverhältnis zu Deutschland begeben, das formal durch den Bündnischarakter des erwähnten Vertrags gemildert erscheint. Dadurch erhält Polen eine neue, langgestreckte militärische Südgrenze mit Deutschland, Ungarn eine entsprechende Nordgrenze ebenfalls mit Deutschland. Weiter östlich ist das sogenannte Karpathorussland — das dritte Glied der in München geschaffenen föderalistischen Tschecho-Slowakei — von den Ungarn nach blutigen Kämpfen besetzt worden, die dadurch eine, allerdings schmale, gemeinsame Grenze mit Polen hergestellt haben.

Das ist nicht alles. Durch die Rückgliederung des Memellandes an Deutschland und den zwischen Berlin und Kaunas abgeschlossenen Staatsvertrag sieht sich Litauen seines Zugangs zum Meer (mit Ausnahme der nicht schiffbaren Küste von Palanga) beraubt und für seinen Handel und Verkehr von seinem mächtigen Vertragspartner abhängig. Die faktische Gleichschaltung der litauischen Aussenpolitik wurde durch denselben Vertrag ebenfalls angebahnt. Da Litauen im Osten an Polen grenzt, sieht sich dieses auch im Gebiet von Vilna einem neuen deutschen Aufmarschgebiet gegenüber.

Vier Dinge sind allerdings noch so wie auf der durch die Friedensschlüsse von 1919 geschaffenen Karte: das Staatsgebiet und die politische Selbständigkeit Polens, Rumäniens und Jugoslawiens sind bis anhin unversehrt geblieben, und Deutschland grenzt nirgends an Russland. Aber was zwischen den genannten Oststaaten und Deutschland lag, ist völlig verändert, ja mit Ausnahme Ungarns — das sich bedeutend vergrößert hat — völlig zusammengebrochen. Deutschland behauptet das Feld vom Njemen bis zur Donau.

Das ist, rein geographisch gesehen, das bisherige Ergebnis der grossen Politik, wie sie die Mächte seit dem Ende des Weltkrieges getrieben haben. Die Grenzpfähle, die auf den



Trümmern der Habsburger Monarchie aufgerichtet wurden, sind umgeworfen oder anders angestrichen worden. Die französische Donaupolitik ist gegenstandslos geworden. Die Kleine Entente ist begraben, und noch vor der Kleinen Entente ist auch der italienisch-österreichisch-ungarische Block der Römischen Protokolle in Trümmer gegangen. Anstelle Frankreichs und Italiens ist in Zentral- und Südosteuropa ein militärisch übermächtiges, wirtschaftlich ausdehnungsbedürftiges Deutschland getreten — das in einem Jahr seine Einwohnerzahl um 20 Millionen vermehrt hat. Seine Hegemoniestellung in der östlichen Hälfte unseres Kontinents wird noch durch den auf zehn Jahre abgeschlossenen Freundschaftsvertrag mit Polen vom Januar 1934 und durch ein soeben unterzeichnetes, vorerst für fünf Jahre gültiges Wirtschaftsabkommen mit Rumänien bekräftigt — ganz abgesehen von dem Bündnis mit Ungarn, dem Hitler die praktische Inangriffnahme seiner Revisionspolitik ermöglicht hat. Italien hat Deutschland im Namen der Achsenpolitik mit unerschütterlicher Treue Sekundantendienste geleistet, ungeachtet der schweren Schäden, die seine Wirtschaftsinteressen in den zentraleuropäischen und Balkanstaaten dadurch erleiden mussten. Jugoslawien, das von Italien, Deutschland und Ungarn umgeben ist und dessen innerer Zusammenhalt durch die seit zwanzig Jahren ungelöst gebliebene kroatische Frage gefährdet wird, kann sich keinesfalls eine allzu selbständige Aussenpolitik erlauben.

Die westeuropäischen Grossmächte sind seit drei Jahren durch die Achse Berlin-Rom von der östlichen Hälfte des europäischen Kontinents hermetisch abgeschlossen, und weder beim Anschluss Oesterreichs noch während den beiden tschechischen Krisen vom September 1938 und vom März 1939 fanden sich Mittel und Wege, die Frankreich und England eine wirksame Intervention erlaubt hätten. Die Entzweiung der beiden Westmächte mit Italien, die Konsequenz, mit der Italien bei der Achsenpolitik blieb, hat Deutschland das Tor nach Mitteleuropa geöffnet. Mit unerhörter Kühnheit hat die politische Leitung in Berlin die Konjunktur ausgenützt; mit unbestreitbarem Geschick hat sie in dem grossen Spiel der internationalen Politik ihre Trümpfe ausgespielt — als die anderen zögerten, die Karten, die sie noch in der Hand hatten, auszunützen.

Tiefere Ursachen

Die Geschichte wird einst die Ursachen erforschen, die es dem im Weltkrieg Besiegten ermöglicht haben, nach knapp zwanzig Jahren als Sieger aus der Nachkriegspolitik hervorzugehen. Einige der tieferen Ursachen kann man jedoch bereits jetzt erkennen. Die Entente musste die Waffenhilfe Serbiens, Rumäniens und Italiens sowie die Unterstützung, die sie den Bestrebungen der Polen und Tschechen gewährte, mit der Aufteilung des Habsburger Reiches bezahlen. Damit war der wichtigste Pfeiler des europäischen Gleichgewichts in Mittel- und Osteuropa zerstört. Anstelle eines altbewährten Walls, der im Laufe der Zeiten den Türken, den Russen und den Preussen widerstanden hatte, wurde im Namen des Nationalitätenprinzips und des Selbstbestimmungsrechts der Völker ein Mosaik von untereinander uneinigen Kleinstaaten geschaffen, die den Grossmächten als Spielball dienten.

Das labile Gleichgewicht unter den Nachfolgestaaten konnte nur so lange währen, als Deutschland schwach blieb oder als Frankreich, England und Italien ihre Macht für die Aufrechterhaltung der in den Friedensverträgen geschaffenen Ordnung einsetzten. Die Kleine Entente, erdacht, um den Revisionswünschen des grausam verstümmelten Ungarn entgegenzutreten; spätere Kombinationen, wie die Römischen Protokolle und die Front von Stresa, die den Anschluss Oesterreichs an Deutschland verhindern sollten, konnten nur wirksam bleiben, so lange unter den ehemaligen Siegermächten — inklusive Italien — ein gutes Einvernehmen herrschte. Aber die Kleine Entente ist weder berechtigten Wünschen Oesterreichs und Ungarns entgegengekommen, noch hat sie das Zerwürfnis zwischen Prag und Rom beheben können. Ferner hatte sich das aus den Leiden des Krieges, den Enttäuschungen des Friedensschlusses und den Ängsten kommunistischer Unruhen hervorgegangene fascistische Italien längst den Westmächten entfremdet — bis es nach dem abessinischen Feldzug und den Völkerbunds-Sanktionen offen ins revisionistische Lager überging. Von diesem Augenblick an aber wurde Deutschlands Griff nach Oesterreich möglich — wodurch wiederum die Tschechoslowakei von dem neuen grossdeutschen Reich eingekreist war

und infolge ihrer alten Zerwürfnisse mit ihren anderen Nachbarn — Polen und Ungarn — fast völlig isoliert dastand.

Es mag allzubequem scheinen, diese Zusammenhänge nach dem erfolgten Einsturz des in den Pariser Vorstadtverträgen im Jahr 1919 errichteten mitteleuropäischen Staatensystems aufzuzeigen. Aber schon während der Friedensverhandlungen wurde das Dafür und Dawider der zur Diskussion stehenden Lösungen erwogen. Der damalige, der Sozialdemokratie angehörende österreichische Bundeskanzler Renner richtete warnende Worte an die Friedenskonferenz: „Niemals“, sagte er, „werden die Tschechen die deutsche Minderheit aufsaugen können, und niemals wird sich die deutsche Minderheit von den Tschechen aufsaugen lassen. Man würde damit im Zentrum Europas einen Herd des Bürgerkrieges schaffen, dessen Glut für die Welt und ihre soziale Entwicklung noch viel gefährlicher wäre als es die ständige Gärung auf dem Balkan war.“

Lloyd George machte seinerseits in einer an Clemenceau gerichteten Note vom 26. März 1919 einen Vorschlag zur Güte, in dem er namentlich territoriale Zugeständnisse an Deutschland in Böhmen und in den für Polen bestimmten Gebieten vorschlug. Der französische Staatsmann beauftragte Tardieu mit der Abfassung der Antwort an den britischen Premier. Dieses Schriftstück ist heute von einer verblüffenden Aktualität. Die von Lloyd George vorgeschlagene Methode, heisst es dort, Deutschland territoriale Zugeständnisse in Europa zu machen, wäre angemessen, wenn der letzte Krieg für Deutschland nur ein europäischer Krieg gewesen wäre; aber das war nicht der Fall: „Deutschland war vor dem Krieg eine Weltmacht, deren «Zukunft auf dem Wasser» war. Auf diese Weltmacht war es stolz. Diese Weltmacht verloren zu haben, wird es sich nicht trösten. Nun hat man ihm — oder man wird es noch tun — alle seine Kolonien, seine ganze Kriegsflotte, einen grossen Teil seiner Handelsflotte (für Reparationsrechnung), die auswärtigen Märkte, über die es herrschte, weggenommen, ohne sich durch die Furcht vor seinem Groll abschrecken zu lassen... Wenn man Deutschland aus allgemeinen Erwägungen heraus Genugtuungen geben will, muss man sie nicht in Europa suchen. Diese Art Beruhigungsmittel ist unwirksam, sofern man Deutschland von der Weltpolitik ausschliesst. Um es zu beru-

higen (sofern man dies tun will), muss man ihm koloniale Zugeständnisse, Flottenzugeständnisse, handelspolitische Zugeständnisse anbieten."

Im weiteren bestreiten Clemenceau und Tardieu die Behauptung Lloyd Georges, ein territorial vermindertes Deutschland könnte dem Bolschewismus verfallen — was damals die grosse Sorge des britischen Premiers war. Mit ebensoviel Recht, erwidern die Franzosen, könnte man die Bolschewisierung der neuen Staaten Mittel- und Osteuropas, namentlich Polens und Böhmens befürchten, wenn man sie nicht mit guten Grenzen ausstatte und ihre nationalen Hoffnungen gewaltig enttäusche: „Das Ergebnis wäre entweder ein Ost- und Mitteleuropäischer Staatenbund unter der Führung des bolschewistischen Deutschland, oder, infolge der allgemeinen Anarchie, die Versklavung dieser gleichen Länder durch ein zur Reaktion zurückgekehrtes Deutschland. In beiden Fällen werden die Alliierten den Krieg verloren haben." Aus diesen Gründen empfiehlt Frankreich die Unterstützung dieser jungen Völker, ohne auf ihre Kosten Deutschland unwirksame Entschädigungen für seinen kolonialen, maritimen und wirtschaftlichen Zusammenbruch zu geben. Man könne es bedauern, wenn man Deutsche unter die Souveränität dieser neuen Staaten stellen müsse und man möge es nur mit Mass tun; aber man könne es nicht vermeiden.

Mit anderen Worten: auf der Friedenskonferenz erhielten die maritimen Mächte England und Amerika von Frankreich die Zustimmung zur Zerstörung der deutschen Weltwirtschaft und Seeschifffahrt und zur Wegnahme der deutschen Kolonien und der deutschen Kriegsflotte. Frankreich forderte und erhielt dagegen: 1. eine infolge der Weigerung Amerikas nie in Kraft getretene Garantierung seiner Rheingrenze durch England und die Vereinigten Staaten; eine zeitlich begrenzte Okkupation des Rheinlandes und das bekannte Saarstatut (zur Entschädigung für die Zerstörung der französischen Kohlengruben im Krieg); 2. die Errichtung lebensfähiger, mit guten Grenzen ausgestatteter, slawischer Nationalstaaten in Mittel- und Osteuropa.

Es ist bekannt und belegt, dass Frankreich stets ein gewisses Bedauern und Unbehagen darüber empfand, dass dem deutschen Lebenswillen und Expansionsdrang der Weg zur maritimen, kolonialen und handelspolitischen Betätigung abgeschnit-

ten worden war. Es ist auch durchaus richtig, dass bloße Grenzverbesserungen auf Kosten Böhmens und Polens das Problem der wirtschaftlichen Existenz des deutschen Volkes nicht lösen konnten — es sei denn, dass ein „zur Reaktion zurückgekehrtes Deutschland“ sich ganz Mitteleuropa unterwerfen und in der Richtung Balkan-Kleinasien-Bagdad einen neuen Weg zu den Rohstoffquellen und Absatzmärkten der Welt finden würde.

Die beiden angelsächsischen Mächte vermochten offenbar lange nicht einzusehen, dass die von ihnen gewollte Ausschaltung Deutschlands als maritime und koloniale Weltmacht nur so lange möglich war, als Deutschland auf dem europäischen Kontinent von Frankreich und den jungen Oststaaten in Schach gehalten werden konnte. Anstatt dessen desinteressierten sich Amerika und England an der französischen Sicherheitspolitik und an dem Schicksal der im Jahr 1919 gegründeten Staaten. Mehr als das: während siebzehn Jahren, von 1919 bis 1936, getreu seiner aus der napoleonischen Zeit stammenden Schaukelpolitik, begünstigte England, im Einverständnis mit Amerika, eine gegen Frankreich gerichtete Erstarkungs- und Militärpolitik Deutschlands. Frankreich wurde von Konferenz zu Konferenz geschleppt, von Konzession zu Konzession gezwungen — bis das inzwischen nationalsozialistisch gewordene, um den Wehrgedanken geeinte Deutschland es wagen konnte, das Rheinland militärisch zu besetzen und es gegen Westen abzuriegeln. Das letzte Servitut aus den Friedensverträgen war dahingefallen, Deutschland hatte den Rücken frei — Oesterreich stand offen. Zwei Jahre nach ihrem Einzug in Köln standen die deutschen Truppen in Wien; nach einem weiteren Jahr in Prag.

Erst dann erschrak England. Aber inzwischen hatten Deutschland und Frankreich eine erstarrte Grenze. Hüben und drüben sperren Beton und Stahl den Zugang ab. Dies ist es, was dieser Grenze eine gewisse „Endgültigkeit“, genauer gesagt: eine zweiseitige Undurchdringlichkeit verleiht. Der Vertrag Bonnet-Ribbentrop vom 6. Dezember 1938 war bloss eine Konstatierung dieser Tatsache in verbindlicher Form. Tatsächlich besitzt der jahrhundertealte Grenzstreit zwischen Deutschland und Frankreich nur noch eine ganz untergeordnete Bedeutung; er ist keinen Konflikt mehr wert. Dafür erheben sich in der Welt-

politik Probleme von unvergleichlich viel grösserer Bedeutung. Konflikte kann es nur noch um die Erringung oder Verteidigung von Weltreichen, um die Neuverteilung der Reichtümer der Welt geben.

Wie man vom damaligen französischen Aussenminister Flandin erfährt, willigte vor drei Jahren, nach dem berühmten 7. März 1936, England nicht in eine Abwehraktion ein: „Deutschland hatte unter Kündigung des Locarno-Vertrags das Rheinland besetzt. Die französische Regierung schlug England vor, sich mit Gewalt zu widersetzen, wobei sie von England keinen militärischen Beistand verlangte, sondern sich erbot, die Aktion allein durchzuführen. Aber die britische Regierung ... verlangte von der französischen, auf dieses Projekt zu verzichten. Man wird später im Archiv des Quai d'Orsay den Beweis dafür finden, dass wir damals unsere englischen Freunde auf alles aufmerksam gemacht haben, was in Europa geschehen würde und was inzwischen bereits zum Teil (sic) eingetroffen ist.“

Von der Gleichberechtigung zur Weltpolitik

Vor drei Jahren spendete das Publikum in den Londoner Kinotheatern einem Film lebhaften Beifall, der den Einmarsch der deutschen Truppen ins Rheinland zeigte. Die britische Regierung war das getreue Sprachrohr ihrer öffentlichen Meinung, als sie den Franzosen die diplomatische und moralische Unterstützung einer Gegenaktion verweigerte. Hitler handelte als deutscher Patriot und Staatsmann durchaus richtig, als er damals das westliche Einfallstor nach Deutschland verriegelte. Flandin war seinerseits der Tradition der französischen Nachkriegspolitik treu, als er versuchte, diese Abriegelung Deutschlands nach Westen rückgängig zu machen; denn nur um diesen Preis konnte die Verwirklichung des deutschen Dranges nach Osten verhindert werden. Immerhin unterzeichneten damals Flandin und Eden den englisch-französischen Bündnisvertrag, der an die Stelle des Locarnopaktes trat.

Die englische, aber auch die französische öffentliche Meinung waren zweifellos den deutschen Argumenten zugänglich, die durch den Mund Hitlers für das deutsche Volk die volle Gleichberechtigung forderten. Im Namen der Gleichberechtigung

konnte das Dritte Reich seine volle Souveränität wiederherstellen, sowohl was seine militärischen Rüstungen als auch die Remilitarisierung des Rheinlands betraf. Der demokratische Westen war aber auch geneigt, den Deutschen nicht länger die Erfüllung ihrer nationalen Wünsche vorzuenthalten. Die Entente hatte im Weltkrieg das Nationalitätenprinzip und das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf ihre Fahnen geschrieben, in den Friedensverträgen aber diese Grundsätze einseitig zugunsten der slawischen und romanischen Nationalitäten ausgelegt; den ehemaligen Herrenvölkern der Habsburger Monarchie, Deutschen und Ungarn, wurden ihre Rechte weitgehend vor-enthalten. Versailles, Saint-Germain, Trianon waren ein Gemisch aus ideologischen Bestrebungen und machtpolitischen Ueberlegungen — wie das oben zitierte Dokument Tardieu-Clemenceau deutlich zeigt.

Es war ein geschickter Zug der nationalsozialistischen Führung, den ehemaligen Siegern des Weltkriegs mit gleicher Münze zurückzuzahlen. Dr. Goebbels hat einmal offen bekannt, dass Deutschland während des Weltkrieges in propagandistischer Hinsicht seinen Gegnern unterlegen war und den Ideen der feindlichen Koalition nichts entgegenzuhalten wusste. Er und Hitler haben im Lauf der Jahre die Erhebung Deutschlands aus seiner Niederlage und den Beginn einer neuen deutschen Machtpolitik ideologisch und propagandistisch vorzüglich zu untermauern verstanden. „Gleichberechtigung“, „Wehrgleichheit“, „Volkstum“, „Rückkehr aller Deutschen ins Reich“, „Befreiung der unterdrückten Brüder“ waren Schlagwörter, deren Wirkung auf das eigene Volk, aber auch auf die demokratischen Völker des Westens von Hitler richtig eingeschätzt wurde. Dazu kam, dass die Mächtigen der deutschen Wirtschaft, der Reichsbank und des Heeres darin mit dem Nationalsozialismus einig gingen, dass nur durch eine hochgesteigerte Wehrmacht die aussenpolitische Durchschlagskraft dieser Grundsätze gesichert werden könne. Es waren mächtige Hebel, scharfe Instrumente, mit denen von Berlin aus operiert wurde. Das Ziel war die Wiedergewinnung der verlorenen Stellung in der Weltpolitik, die verloren zu haben — wie Clemenceau richtig an Lloyd George geschrieben hatte — sich das deutsche Volk nicht trösten konnte. Ganz abgesehen davon, dass die wirt-

schaftlichen Zusammenbrüche von 1919, von 1923 und von 1931 der deutschen Politik die Gesetze ihres Handels vorschrieb: Wiedergewinnung der Rohstoffgebiete, der Absatzmärkte und der Agrarländer für ein überindustrialisiertes „Volk ohne Raum“, das zu ersticken drohte.

Hitler ging dabei von dem schon in „Mein Kampf“ ausgesprochenen Grundgedanken aus, dass nicht die Wiederherstellung des Bismarck'schen Reiches noch die Wiederholung der wilhelminischen Flottenpolitik zum Ziel führen könnten. Daher die Leichtigkeit, mit der er in den ersten Jahren seiner Kanzlerschaft den Polen eine zehnjährige Garantie ihrer Grenzen geben und sowohl auf den Bau einer bedeutenden Kriegsflotte als auch auf die Zurückgewinnung Elsass-Lothringens verzichten konnte. Der unruhige Staatenmosaik auf dem Gebiet des ehemaligen Oesterreich-Ungarn bot ihm die mit Weitblick erkannten Chancen für einen Durchbruch in südöstlicher Richtung und die zukünftige Verwirklichung des alten Naumann'schen Planes eines von Deutschland beherrschten „Mitteleuropa“. Im Weltkrieg war dieses Mitteleuropa bereits vorübergehend verwirklicht worden, als das mit Oesterreich-Ungarn in engster Schicksals- und Kampfgemeinschaft stehende Deutsche Reich seine Streitkräfte in Rumänien, der Ukraine und der Türkei stehen hatte und durch die wirtschaftliche Ausbeutung dieser riesigen Gebiete die englisch-französisch-amerikanische Blockade im Westen illusorisch zu machen versuchte. Nur waren damals die abgekämpften und ausgehungerten Zentralmächte bereits am Ende ihrer Kräfte angelangt. Hätte damals der Unterseebootkrieg auch noch England auf die Kniee gezwungen, wäre ausserdem Ludendorffs Offensiven in Frankreich Erfolg beschieden gewesen — dann wäre Deutschlands weltbeherrschender Stellung nichts mehr im Wege gestanden.

Rom — Wien — München

Drei Dinge sind es, die dem Dritten Reich die Angliederung Oesterreichs und Deutschböhmens im Jahr 1938 ermöglicht haben: das Bündnis mit Italien, die Volkstumsideologie und die Angst der Westmächte vor einer Einmischung Sowjetrusslands in Mitteleuropa.

Das Zerwürfnis Italiens mit den Westmächten, seinen Verbündeten aus dem Weltkrieg, ist eines der schmerzlichsten Kapitel der Nachkriegsgeschichte. Es nahm seinen Anfang an der Friedenskonferenz, wo die italienische Delegation namentlich von Präsident Wilson vor den Kopf gestossen wurde und England und Frankreich den Italienern ihren Teil an der kolonialen Beute vorenthielten. In seinem jüngst erschienenen Buch „Truth about the Peace treaties“ veröffentlicht Lloyd George einen an ihn gerichteten Brief des italienischen Ministerpräsidenten Orlando vom 25. Mai 1919, der heute wahrhaft prophetisch klingt: „Wenn der Frieden dem italienischen Volk“, heisst es dort, „den Eindruck einer Niederlage anstatt eines Sieges machen sollte, würde die Lage in Europa völlig unerträglich werden... Es ist schon heute klar, dass die (in den Friedensverträgen) vorgesehene Lösung von mehr als der Hälfte der Bevölkerung Europas zurückgewiesen werden wird. Wenn wir von dem Block, auf dem das neue System ruhen wird, 40 Millionen Italiener in Abzug bringen und sie den Unzufriedenen in die Arme werfen, glauben Sie dann, dass sich die neue Ordnung auf einer soliden Basis wird halten können? Denken Sie nicht, dass eine schreckliche Periode internationaler Anarchie die Folge sein wird?“

Orlando schrieb diesen Brief wenige Wochen, nachdem in Italien die ersten fascistischen Kampfbünde entstanden waren. Zwanzig Jahre darauf — also jetzt, nach der Besetzung Prags durch die Deutschen, am 26. März 1939 — erklärte Mussolini in seiner Rede zur Feier des zwanzigjährigen Bestehens der Fasci: „Ich erkläre euch hier in klarer und deutlicher Weise, dass das, was in Mitteleuropa vorgefallen ist, schicksalsbedingt war.“ Soviel ist sicher: nichts in der Politik und der Geschichte kommt von ungefähr. Man wird später erst im einzelnen erfahren, warum in den verflossenen zwanzig Jahren so viele Gelegenheiten verpasst wurden, um Italien Genugtuung zu geben, warum in den Monaten nach dem abessinischen Feldzug die Wiederannäherung Italiens an England und Frankreich nicht zustandekam, warum die Umstände Italien immer enger an die Seite Deutschlands brachten, warum Mussolini endgültig auf seine frühere Politik der Unterstützung Oesterreichs und auf das italienische Mitspracherecht in Mitteleuropa und im Balkan verzichtet hat, warum ihn diese Entwicklung mehr und mehr in einen Kampf

mit Frankreich um die Vorherrschaft im Mittelmeer hineingeführt hat. Begnügen wir uns vorläufig mit seiner Erklärung: es war Schicksal.

Man weiss, wie im März 1938 der deutsche Einmarsch in Oesterreich von der Welt hingenommen wurde. „Ce sont des Allemands“, pflegten die Franzosen schon immer von den Oesterreichern zu sagen, und in London war man erleichtert, dass die leidige Anschlussfrage ohne grosse internationale Komplikationen aus den diplomatischen Akten verschwunden war.

Man weiss ebenfalls, wie im September 1938 nach Wochen augenscheinlicher Kriegsgefahr das Viermächteabkommen von München die Abtretung der Sudetendeutschen an das Dritte Reich sanktioniert hat. Diese Lösung entsprach den Vorschlägen des berühmten und umstrittenen Rapportes Lord Runcimans. Ich habe diesen im vollen Wortlaut nach dem Fall Prags noch einmal aufmerksam gelesen und kam zum Schluss, dass er über das Verhältnis zwischen Tschechen und Sudetendeutschen nichts Unwahres oder Unbilliges aussagte. Er bestätigt bloss — ohne diesen übrigens zu zitieren —, wie recht vor zwanzig Jahren Bundeskanzler Renner mit seiner Warnung an die Friedenskonferenz hatte, als er die Auslieferung einer deutschen Minderheit an die Tschechen als eine Ursache künftiger Unruhe in Mitteleuropa bezeichnete. Hitler hatte die Rückkehr von 3½ Millionen Sudetendeutschen ins Reich im Namen des Selbstbestimmungsrechts der Völker gefordert — und wer sich die Mühe nahm, die Entwicklung des Sudetenproblems in allen Phasen zu verfolgen bis und mit der Besetzung des umstrittenen Gebietes durch die deutschen Truppen, muss zugeben, dass in München dem Wunsch der Mehrheit jener Bevölkerungen entsprochen worden ist.

Dies wird zwar von den Anhängern der marxistischen Ideologie in Westeuropa geleugnet, und im französischen Parlament stimmte die kommunistische Fraktion als einzige gegen das Abkommen von München. Es ist jedoch bemerkenswert, dass vor einigen Jahren der aussenpolitische Führer der französischen Kommunisten, Gabriel Péri, auf dem 5. Kongress der III. Internationale die Existenz einer tschechoslowakischen Nation in Abrede gestellt hatte und es den tschechischen Kommunisten zur Pflicht machte, namentlich für die Deutschen der Tschecho-

slowakei „das Selbstbestimmungsrecht der Völker bis und mit dem Recht, aus dem Staatsverband auszutreten“, zu fordern. Noch im November 1933, als Hitler schon deutscher Reichskanzler war, drückte der gleiche Péri in der französischen Abgeordnetenversammlung den „nationalen Minderheiten, die von Prag unterdrückt werden, namentlich den Slowaken, Deutschen, Juden und Ungarn“ seine Sympathie aus. Dies nur als eine kleine Illustration zu der nüchternen Wahrheit, dass der unselige Minderheitenstreit in der Tschechoslowakei im Lauf der Jahre nicht allein vom deutschen Nationalsozialismus polemisch gegen Prag ausgenützt worden ist.

Es stellt sich hier eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung für die ganze Entwicklung in Mittel- und Osteuropa: das Nationalitätenprinzip und das Selbstbestimmungsrecht wurde bei der Teilung Oesterreich-Ungarns als Grundsatz für die neuen Staatengründungen aufgestellt. Entweder war die neue Tschechoslowakei ein Nationalstaat — dann musste sie auf die Einverleibung geschlossener deutscher und ungarischer Bevölkerungsgruppen verzichten; oder sie war ein gemischter Nationalitätenstaat, dann musste sie, wie es Benesch auf der Friedenskonferenz versprochen hatte, einen Versuch mit dem schweizerischen Föderativsystem machen. Eine andere Frage ist es, ob sich die in Jahrhunderten gewachsene und erkämpfte schweizerische Kantonsorganisation einfach auf eine neue Staatsgründung übertragen liess. Wenn aber bei einem solchen Versuch mit dem Föderalismus der neue Staat rasch wieder auseinandergefallen wäre, dann hätte schon in einem früheren Zeitpunkt und mit friedlicheren und liberalen Methoden eine Umgruppierung des mitteleuropäischen Staatensystems vorgenommen werden können.

Sei dem wie ihm wolle: im letzten September waren die Westmächte Frankreich und England nicht nur von einem hochgerüsteten, mit Italien verbündeten Deutschland bedroht, sondern sie waren auch die Gefangenen ihrer eigenen Ideologie vom Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Regierungen in London und Paris wussten wohl, um was es ging und dass es vielleicht nach der Auslieferung der böhmischen Bergwälle an das Dritte Reich kein Halten mehr auf der Bahn des „Drangs nach Osten“ geben würde. Aber ihre Völker hatten nur verstan-

den, dass man vielleicht einen Krieg führen müsse, damit ein Volksteil zum Verbleiben im tschechischen Staat gezwungen werde, der nicht länger in diesem Staat bleiben wollte. Und wenn man sich fragt, warum damals die Tschechen nicht von sich aus, mit oder ohne die Hoffnung, im Verlauf der Kämpfe doch noch die Hilfe der verbündeten Franzosen zu erhalten, einen Abwehrkrieg versucht haben, dann gibt die Völkerkarte die Auskunft, dass die auf den böhmischen Bergkämmen widerstehenden tschechischen Soldaten in ihrem Rücken eine mit dem Feind gehende deutsche Bevölkerung gehabt hätten. Wie man die Frage auch stellt: immer wieder zeigt sich das tiefe Verhängnis, das dem tschechischen Volk aus dem jahrhundertalten Nationalitätenstreit erwachsen ist. Die gleichen Grundsätze, mit denen die Tschechen beigetragen hatten, das Habsburger Reich zu vernichten, haben dazu gedient, ihren jungen Staat zu zertrümmern.

München war nichts anderes als die Wiederholung der Verträge von 1919 mit umgekehrtem Vorzeichen. Anstatt den Slawen wurden die Deutschen und die Ungarn begünstigt. Anstatt den Slawen „gute Grenzen“ zu geben und zu diesem Behuf fremdstämmige Völker unter ihre Souveränität zu stellen, nahmen sich Deutschland und Ungarn „gute Grenzen“ auf Kosten der Slawen, von denen bereits im September eine bedeutende Minderheit unter deutsche und ungarische Oberhoheit kamen. Wie 1919, „interpretierte“ der Stärkere das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ zu seinen Gunsten. Aber eines war zwischen den vier Mächten vereinbart worden und hatte Hitler in seinen Septemberreden versprochen: die neue Tschechoslowakei sollte selbständig und lebensfähig bleiben, man versprach ihr sogar zu viert eine Garantie für ihre neuen Grenzen. Drei Tage vor der Zusammenkunft in München hatte Hitler im Sportpalast in Berlin erklärt: „Dies ist die letzte territoriale Forderung, die ich in Europa zu stellen habe, aber es ist eine Forderung, von der ich nicht abgehen werde.“ Sie wurde ihm erfüllt.

Wenn Chamberlain eine Illusion hatte, so war es die, Hitler werde in seiner Volkstumsideologie hängen bleiben und infolgedessen keine neuen Annexionen mehr machen können. Man hielt es in der Welt für schwer, dass das Dritte Reich die

Grundsätze verleugnen könne, denen es die Verwirklichung des grossdeutschen Traums verdankte, und viele glaubten, nach der Befriedigung seiner völkischen Aspirationen würden bloss noch wirtschaftliche, handelspolitische und koloniale Probleme zu lösen übrigbleiben.

Man war ausserdem in London und besonders in Frankreich froh darüber, dass Sowjetrussland im September von der Tschechei ferngehalten werden konnte. Seit dem „Front populaire“ hatte in Frankreich eine so starke antikommunistische Strömung eingesetzt, dass noch im letzten September ein Krieg im Bündnis mit Stalin die grössten innenpolitischen Schwierigkeiten zur Folge gehabt hätte. Das war letzten Endes der Hauptgrund für die Haltung Bonnets und Daladiers in der Septemberkrise. Es ging durch die französische öffentliche Meinung ein immer noch nicht behobenes Schisma zwischen Antikommunisten und Befürwortern des Russenpaktes, das noch heute die Handlungsfreiheit der französischen Aussenpolitik stark hemmt. Die Antikommunistenparole Hitlers war von jeher und ist teilweise noch heute einer der stärksten Trümpfe in seiner Hand. Die Angst vor der russischen Hilfe hatte ebenfalls in der Tschechoslowakei im September mitgewirkt, als man auf einen gewaltsamen Widerstand gegen Deutschland verzichtete. Die katholisch-autonomistische Bewegung in der Slowakei war auf dem Boden des Antikommunismus gediehen, und das Bündnis zwischen Prag und Moskau hatte seinerzeit die Sudetendeutschen vollends gegen Benesch in Harnisch gebracht. Wenn auch erst eine viel spätere Oeffnung der Archive alle Einzelheiten über die Ursachen und den Verlauf der tschechischen Tragödie an den Tag bringen und manches vorschnelle Urteil im einen oder im anderen Sinn richtigstellen wird: die grossen Linien ihres Verlaufs lassen sich bereits überblicken.

Ideologie und Imperialismus

Mit der Unterwerfung der tschechischen und slowakischen Volksstämme hat das Dritte Reich das Abkommen von München, den Schiedsspruch von Wien, die englisch-deutsche und die deutsch-französische Vereinbarung durch einen einseitigen Gewaltakt verleugnet. Aber nicht nur das. Es hat auch die Ideologie ver-

leugnet, die bisher nebst der Militärmacht seine beste Waffe war. Mit der Idee des Volkstums steht die Einverleibung einer slawischen Nationalität in offenem Widerspruch; mit der anti-kommunistischen Mission des Nationalsozialismus liess sie sich auch nicht mehr rechtfertigen, seitdem in Prag ein konservativer Kurs das Regime Benesch abgelöst hatte; mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker hatte sie nichts zu tun, da die Tschechen unfreiwillig und gezwungenermassen ins gross-deutsche Reich eintreten mussten. Selbst die Zeitung des polnischen Aussenministers Beck hat den 15. März als eine Schwenkung der deutschen Politik im Sinn des Imperialismus bezeichnet.

Nach dem 15. März war die deutsche Presse sichtlich bemüht, eine neue Ideologie oder ein neues Schlagwort zu finden, um den Zusammenbruch der bisherigen zu maskieren. Man sprach von der Auferstehung des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation — aber nicht lange. Denn einmal müsste ein derartiges Programm selbst gewisse verbündete und befreundete Nationen, wie Italien und Jugoslawien beunruhigen — von Frankreich, Belgien, der Schweiz usw. ganz zu schweigen. Zum andern beruhte das alte und älteste Reich auf völlig anderen Grundlagen als das Dritte. Denn — obgleich Voltaire schon im 18. Jahrhundert von ihm sagen konnte, es sei weder heilig, noch römisch, noch deutsch — seine Spitze war monarchisch, seine Religion christlich, seine Zusammensetzung übernational, sein Geist universal, sein Deutschtum frei. Man wachte eifersüchtig über der „germanischen Libertät“; diese wurde von den Ständen des Reiches, Geistlichkeit, Fürsten, Ritterschaften, freien Städten gewahrt und gegen Uebergriffe der Zentralregierung verteidigt. Nichts in diesem bunten, partikularistischen, toleranten, lose gefügten, vielsprachigen mittelalterlichen Reich lässt sich mit dem straff zentralisierten, nach jakobinischem Muster nivellierten, von Preussen her gedrillten, auf das Rassenprinzip gegründeten, seinem Führer ergebenen, unfreien und antichristlichen Reich Hitlers vergleichen.

Als nach wenigen Tagen das Wort vom Heiligen Römischen Reich wieder in der Requisitenkammer des Propagandaministeriums verschwand, wurde die Parole vom „Lebensraum“ ausgegeben. Sie hat zwei Vorteile: an die Stelle der romantischen

Reminiszenzen setzt sie den realpolitischen Begriff der wirtschaftlichen Notwendigkeiten; anstatt sich auf historische Grenzen festzulegen, werden die unbegrenzten Möglichkeiten der vitalen Interessen angedeutet. Und wie könnte es anders sein? Sechs Jahre nationalsozialistische Ausgaben- und Aufrüstungspolitik haben die Substanz aufgezehrt. Ein überindustrialisiertes Land mit einer auf mehr als 80 Millionen Seelen angeschwollenen Bevölkerung, eine ins Riesenhafte gewachsene Produktion hat eine ungenügende Landwirtschaft, fast keine Rohstoffe und leidet unter einem drückenden Mangel an Zahlungsmitteln. In seiner Reichstagsrede vom 30. Januar 1939 sprach Hitler das Wort aus: „exportieren oder sterben.“ England und Frankreich hatten versucht, durch Wirtschaftsverhandlungen den deutschen Wünschen entgegenzukommen. Mittenhinein platzte die Bombe der Besetzung Prags. Das Dritte Reich scheint sich aus eigener Kraft, im Bündnis mit Italien, durch weitgehende Wirtschaftsverbindungen mit Rumänien, aber dem Autarkiesystem getreu seinen „Lebensraum“ schaffen zu wollen.

Mussolini hat für Italien das Mittelmeer als Lebensraum des italienischen Volkes beansprucht. Die Unterstützung Francos in Spanien hatte noch unter dem Zeichen der Antikominternideologie stattgefunden. Das gleichzeitige Zerwürfnis zwischen Rom und Paris hatte längere Zeit einen ideologischen Anstrich, und die beiden Bürgerkriegsparteien in Spanien dienten dem Fascismus und Antifascismus als Streitobjekte. Aber mit dem Ausgang dieses Bürgerkrieges und der Anerkennung Nationalspaniens durch alle europäischen Regierungen fällt auch dort die ideologische Maske ab und kommt das Gesicht eines Interessen- und Machtkampfes um das Mittelmeer und Nordafrika zum Vorschein.

Sowohl die neue deutsche Weltpolitik als auch die imperialen Ansprüche Italiens müssen sich letzten Endes an den Stellungen und Interessen Grossbritanniens und Frankreichs stoßen — sie zerbrechen oder an ihnen zerbrechen. Der Klassenkampf zwischen Armen und Reichen, Benachteiligten und Bevorzugten, Hungrigen und Satten, Proletariern und Kapitalisten ist in einer unerwarteten und erschreckenden Art in die internationale Politik eingebrochen. Mussolini, der durch die marxistische Schule gegangen ist, braucht noch gerne die Worte,

die er dort gelernt hat — aber um sie den „konservativen“, „reaktionären“, „bürgerlichen“ Engländern und Franzosen ins Gesicht zu schleudern, während er das Volk, das er seinerzeit den Gewerkschaften und Kommunisten aus den Händen gewunden hat, jetzt in seiner Gesamtheit als das „fascistische und proletarische“, als das „revolutionäre“ Italien bezeichnet. Und wie viel „nationaler Kommunismus“ — das Wort stammt bereits aus dem Weltkrieg und wurde zur Rechtfertigung der damals schon nötigen Wehrwirtschaft geprägt — steckt doch im Vierjahresplan Goerings und in der ganzen, wehrwirtschaftlichen Organisation und Gemeinschaftsideologie der deutschen Führer, die auf das Wort „sozialistisch“ nicht weniger Wert legen als auf das Wort „national“. Gestehen wir ruhig ein, dass es dem politischen Scharfsinn grosser Teile des europäischen Bürgertums nicht gerade zum Ruhm gereichte, als sie aus Angst vor dem Marxismus in Mussolini und Hitler willkommene Retter der kapitalistischen Wirtschaft erblickten.

Ein Missverständnis geht übrigens nie ohne das ergänzende andere Missverständnis. Es ist ebenfalls eine unaufrichtige Torheit, wenn man Sowjetrussland, Volksfrontspanien, zwei oder drei Diktaturen Mittel- und Osteuropas, China und womöglich den Negus als zur Front der Demokratien gehörig ausgibt. Sagen wir: es stehen sich nachgerade in der Welt zwei rivalisierende, ja feindliche Blocks gegenüber, von denen jeder seine Interessen verteidigt — und wir werden annähernd das Richtige getroffen haben. Dass es vielen Franzosen infolge ihrer Volksfronterlebnisse Schmerzen bereitet, ihren Pakt mit Sowjetrussland neu zu beleben, ist ihre Sache — sie werden vielleicht schon bald darüber Klarheit schaffen müssen, wo ihr wirkliches Interesse liegt, ob in der Versöhnlichkeit gegenüber Deutschland, mit dem sie keinen Grenzstreit mehr haben, oder in der Organisation des Widerstandes gegen die deutsche Ostpolitik, der ohne Russland nicht denkbar wäre. Das konservative England empfand weniger Mühe, mit Moskau in Kontakt zu treten und mit Stalin wie mit einem möglichen Verbündeten zu rechnen. Schliesslich hatte auch das Dritte Reich seine Rassentheorie über Bord geworfen, als es mit Japan einen „Antikominternpakt“ abschloss, der übrigens den englischen und amerikanischen Kapitalisten in China mehr Schaden zugefügt hat als der Dritten

Internationale. Machiavelli hat im 20. Jahrhundert meisterhaft gelernt, zu imperialistischen Zwecken ideologische Argumente zu gebrauchen.

Man darf sich bei der Beurteilung der grossen Politik nicht von ideologischen Gesichtspunkten blenden lassen. Gewiss sind England, Amerika, Frankreich der demokratischen Staatsform, dem freiheitlichen Geist, den Menschenrechten zugetan. Die Achtung vor der menschlichen Persönlichkeit, die Grundsätze des Rechtsstaates, der Schutz des Eigentums, die Glaubensfreiheit haben in den westlichen Demokratien ein Asyl — und darin sind wir Schweizer ihnen geistesverwandt. Aber sie haben auch Grossmachtsorgen, Kolonialsorgen, maritime und wirtschaftliche, kurz imperialistische Interessen, die sie zwingen, eine entsprechende Politik zu treiben. Man vergesse auch nie, dass jeder Grosstaat in seiner Aussenpolitik zwei Eisen im Feuer hat und neben der offiziell proklamierten Position sich auch noch geheime Positionen, andere Möglichkeiten und Auswege offen halten muss. Ausser den beiden Blocks gibt es auch genug andere Kombinationsmöglichkeiten, die z. B. durch die nie abgebrochenen Verbindungen zwischen Berlin und Moskau, durch das Osterabkommen von 1938 zwischen London und Rom, durch die gegenseitige Schonung, die sich Frankreich und Deutschland gewähren, durch das schwierige aber notwendige Manövrieren Polens und Rumäniens zwischen den beiden Blocks angedeutet werden. In der grossen Politik ist gar vieles erlaubt!

Konfliktstoff

Für die Schweiz, die geographisch auf der Strassenkreuzung der drei kontinentalen Grossmächte liegt, ist nächst der Wahrung ihrer staatlichen Unabhängigkeit und politischen Freiheit die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens das höchste Gut und das oberste Landesinteresse. Der begreifliche Unwillen, den von jeher und von wem sie immer ausgehen mag, eine Politik der Gewalt, der Ueberlistung und der Unterdrückung in unserem Volk hervorgerufen hat, vermag an dieser Tatsache nichts zu ändern. „Mit brennender Sorge“, wenn auch unverzagt, verfolgt man bei uns eine Entwicklung der grossen Politik, an der wir zwar jede, auch die bescheidenste Beteiligung ableh-

nen, die aber unseren Politikern und Journalisten ein erhöhtes Mass von Scharfblick und Takt, dem ganzen Schweizer Volk die Pflicht zur Einigkeit und Opferbereitschaft auferlegt. Unser Volk ist nicht im Angriff, es genügt, wenn es zur gegebenen Stunde mit Entschlossenheit und Selbstverleugnung in der Verteidigung steht.

Vorläufig stehen wir auf einem bevorzugten Beobachtungsposten im Herzen Europas. Vorläufig beten wir zu Gott, dass er von der gequälten und verängstigten Menschheit die grauenhafte Geissel des Krieges fernhalte. Vorläufig wagen wir es, wieder Hoffnung zu schöpfen und nach Zeichen Ausschau zu halten, die dieser Hoffnung eine neue, selbst die spärlichste Nahrung geben. Aber wir müssen gestehen, dass wir uns inmitten jener schrecklichen internationalen Anarchie befinden, die ein weiser, weitblickender italienischer Staatsmann vor zwanzig Jahren in dem oben erwähnten Brief an Lloyd George vorausgesagt hatte.

Um konkret zu sprechen: wo stehen wir? Vorigen Monat wurde von der Welt die Unterwerfung der Tschecho-Slowakei durch Deutschland als ein neues Sturmzeichen aufgefasst. Vier Grossmächte: England, Frankreich, die Vereinigten Staaten und Russland haben in aller Form dieser Eroberung ihre Anerkennung versagt. Diese Stellungnahme ist ausserordentlich schwerwiegend. Denn während Deutschland seit dem 15. März Böhmen und Mähren als integrierende Bestandteile des Reichs betrachtet, halten die genannten Mächte dafür, dass es sich nur um eine vorläufige und vorübergehende, illegale Massnahme handeln könne — was der Anerkennung eines Rechtsanspruchs des tschechischen Volkes auf eine zukünftige Befreiung gleichkommt. Das schafft einen Gegensatz zwischen jenen Mächten und dem Dritten Reich, der für die Entwicklung ihrer Beziehungen nichts Gutes verheisst.

Ausserdem hat die Annexion Böhmens und Mährens eine vollständige Umstellung der britischen Aussenpolitik zur Folge gehabt. Diese trug die Hauptverantwortung dafür, dass bisher der deutschen Revisionspolitik keine ernstlichen Hindernisse in den Weg gestellt wurden, weder im Rheinland noch in Oesterreich. Aber sie nahm Hitler beim Wort, als er ver-

sicherte, mit der Angliederung der Sudetendeutschen sei seine letzte territoriale Forderung in Europa erfüllt. Sie hatte in ehrlichen, unablässigen Bemühungen durch eine weitgehende Nachgiebigkeit den Frieden zu erhalten versucht, die neugeschaffenen Verhältnisse konsolidieren wollen. Seit dem Fall Prags steht die britische Geduld und Zähigkeit im Dienste des hartnäckigsten Widerstandes gegen die deutsche Expansionspolitik. Das zwanzigjährige Desinteressement Englands an den Staaten Mittel- und Osteuropas hat von heute auf morgen in sein Gegenteil umgeschlagen. Im Angesicht der erstaunten Welt bietet Premierminister Chamberlain den Polen den uneingeschränkten Beistand der britischen Macht an für den Fall, dass sie das Opfer eines Angriffs würden. Alles das, was Polen selbst der Verteidigung mit eigener Waffengewalt für würdig erachtet, soll demnach von den englischen und französischen Streitkräften mitverteidigt werden. Ausdrücklich wird in London versichert, dass dies nur das vorläufige, erste Glied einer Kette sei, die die Unabhängigkeit der europäischen Oststaaten gegen eventuelle Uebergriffe Deutschlands zu sichern habe. Und es wird beigefügt, diese Politik sei als eine Methode aufzufassen, den Frieden in Osteuropa zu sichern und kleinen Völkern die Möglichkeit zu bieten, mit einem übermächtigen Partner Verhandlungen führen zu können, ohne eine nachfolgende Vergewaltigung durch diesen Partner und den Verlust ihrer Unabhängigkeit befürchten zu müssen.

Wir wissen nicht, ob das plötzliche Hilfsversprechen an Polen einer tatsächlich gefährdenden Lage seinen Ursprung verdankte, oder vielmehr dem Bedürfnis des Kabinetts von London entsprang, in einer besonders eklatanten Art und Weise die Umstellung seiner politischen Methode vorzudemonstrieren. Es ist dabei zu bemerken, dass die Schwierigkeiten keineswegs verschwunden sind, die einer praktisch wirksamen, militärischen Intervention der Westmächte zugunsten irgendeines Oststaates entgegenstehen. Die Siegfriedlinie gilt für ebenso uneinnehmbar wie die Maginotlinie, und die deutsche Küste kann von der Nordsee aus nicht forciert werden. Es ist uns unbekannt, welcher Art die militärischen Operationen wären, die in einem solchen Fall die Westmächte unternehmen würden, und der Gedanke ist nicht von der Hand zu weisen, dass England

und Frankreich zwar eine Blockade zur See und zu Lande über Deutschland verhängen, aber nicht zur Offensive übergehen würden. Letzten Endes hängt eben sehr viel davon ab, ob Polen trotz seiner begreiflichen Abneigung die Hilfe Russlands in Anspruch nehmen — und ob es sie erhalten würde.

Aehnlich liegt der Fall für Rumänien. Sein weitgehender Handelsvertrag mit Deutschland hat die staatliche Unabhängigkeit und die militärische Handlungsfreiheit des Donau-Königreichs unversehrt gelassen — und darauf in erster Linie kam es der Regierung von Bukarest an. In zweiter Linie ist auch sie einer Aktivierung Russlands zur eventuellen Verteidigung Rumäniens abgeneigt — und die Westmächte sind weit entfernt. Man wird also zusehen müssen, ob und wie die englische Diplomatie ihre Garantiepolitik auch auf das Reich König Carols ausdehnen wird und vor allem, ob und wie sie die Einbeziehung Russlands in ihr neues Defensiv- und Sicherheitssystem zuwegbringt, ohne dass die bärenhafte Umarmung Russlands die neuen Freunde an der Weichsel und an der Donau zu zermalmen droht. Es ist in der Tat leichter, vor dem Parlament von Westminster zu erklären, zwischen dem englischen Königreich und der Sovietunion bestünden keine ideologischen Schranken, als den Polen und Rumänen zu versichern, die rote Armee würde nicht daran denken, ihnen den Kommunismus und das Sovietregime in ihren Tornistern mitzubringen. Es wäre ein wahrhaft groteskes Ergebnis der neuen Ostpolitik, wenn unter dem Vorwand der Hilfeleistung Russland seinen revolutionären Imperialismus in diejenigen Staaten tragen könnte, die man vor dem deutschen Imperialismus beschützen will. Denn es ist klar, dass ein russisches Protektorat in Form einer polnischen oder rumänischen Sovietrepublik auf ein Haar dem nationalsozialistischen Protektorat in Böhmen und Mähren gleichen würde. Kein ernsthafter Mensch würde glauben, dass damit der Sache der Demokratie und des Rechts, nicht einmal der Sache des Proletariats ein Dienst erwiesen würde. England und Frankreich, wenn sie im Verein mit Russland den Schutz Polens und Rumäniens übernehmen wollen, stehen vor der schwierigen Aufgabe, diesen Völkern ihre Unabhängigkeit nicht nur gegen Deutschland, sondern auch gegen russische Uebergriffe garantieren zu müssen. Man wird sich daher nicht wun-

dern dürfen, wenn in Wirklichkeit Polen und Rumänien bemüht sein werden, so lange wie möglich ein erträgliches Verhältnis mit Deutschland im Sinne ihrer bisherigen Abkommen mit Berlin aufrechtzuerhalten.

Für Jugoslawien liegen die Dinge etwas anders. Es grenzt nicht an Russland. Aber Mussolini hat in seiner erwähnten Rede vom 26. März das adriatische Meer als einen italienischen Lebensraum bezeichnet. An der adriatischen Küste liegt das *noli me tangere* der italienischen Achsentreue. Sollte Deutschland jemals in Versuchung kommen, die Frage der deutschen Minderheit in Jugoslawien oder die kroatische Frage aufzuwerfen, um sich mit diesen Instrumenten einen Weg an die Adria zu bahnen, würde aller Voraussicht nach die Achse Berlin-Rom aufhören zu existieren. Dabei ist realpolitisch und wirtschaftlich gesehen das Interesse Deutschlands an einem Zugang zur Adria gross, seitdem es faktisch die Nachfolge Oesterreich-Ungarns angetreten hat. Aber solange ihm an der Erhaltung der Achsenpolitik gelegen ist — d. h. vielleicht nicht ewig —, wird es sich schwerlich in Jugoslawien einmischen oder gar seine Blicke nach Deutsch-Südtirol und Triest richten.

Eine letzte Frage. Warum hat heute auf einmal England ein so grosses Bedürfnis, dem Dritten Reich in Osteuropa Einhalt zu gebieten, während Frankreich in diesem Sektor eher zurückhaltend sich verhält? Frankreich konnte, solange das Rheinland entmilitarisiert war, allein für Polen und die Kleine Entente die Garantie übernehmen. Es hätte noch letzten Sommer mit einem zu Allem entschlossenen England selbst seine tschechischen Verbündeten retten können. Nun fordert endlich England zum Widerstand auf, wo ein solcher strategisch und politisch mit den grössten Nachteilen verbunden ist. Ausserdem ist es den Engländern wahrscheinlich geworden, dass die Hegemonie in Osteuropa nur den Beginn einer neuen Weltpolitik Berlins bedeuten würde, die mit der Wiederherstellung der maritimen, kolonialen, wirtschaftlichen Machtstellung Deutschlands für das britische Empire und den britischen Handel die grösste Gefahr seit 1914 darstellen würde.

Frankreich aber hat seine Blicke nach Süden, nach Spanien, auf das Mittelmeer, nach Afrika richten müssen. Seit mehr als fünfzig Jahren ist trotz Weltkrieg und Umwälzungen der euro-

päische Westen von Holland bis Tunis — was die Staatsgrenzen betrifft — unverändert geblieben. Mussolini und das fascistische Italien versichern, dass dem nicht mehr lange so sein werde. Der Sieg Francos im spanischen Bürgerkrieg sollte das Signal abgeben für die Begleichung der Rechnung, die Rom an Paris stellt. Der Sieg Francos ist unbestritten, vollständig. Mussolini hat gesprochen. Daladier hat geantwortet. Die Welt hat Mühe, klug zu werden aus diesem Rededuell. Italien hält die Hilfe Deutschlands für unbedingt sicher. Berlin bestätigt mehr oder weniger deutlich. London verhält sich reserviert. Paris sagt nein. Mussolini versichert, er könne warten, aber der Graben oder die Furche werde immer tiefer. Frankreich hat sich innerhalb weniger Monate zu einem einigen, wirtschaftlich erstarkten, disziplinierten, kriegsbereiten Staat gewandelt, dessen Regierung mit fast diktatorischen Vollmachten ausgestattet wurde. Was weiter geschehen oder nicht geschehen wird, wissen die Götter. Niemand wird behaupten wollen, dass es in Europa an Konfliktstoff mangelt.

Die Stellung der Schweiz

Der Verstand und das Herz sträuben sich bei dem Gedanken, dass der gordische Knoten der grossen Politik nur durch das Schwert zerhauen werden kann. Es ist unglaublich, dass bloss ein Vierteljahrhundert nach 1914 die Welt an den gleichen Punkt zurückgekehrt ist: zu einem Bündnissystem, in dem Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien der englisch-französisch-russischen Entente gegenüberstehen, während die kleineren Oststaaten zögern und Amerika und Japan abwarten. Soll wirklich diese Partie noch einmal gespielt werden? Hat nicht der Weltkrieg gezeigt, dass ein Krieg letzten Endes ein ungeeignetes Mittel ist, um Rivalitäten beizulegen, internationale Probleme zu lösen und die innenpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten gewisser Völker zu beheben? Nur Narren können glauben, die Westmächte brauchten „bloss“ die Diktatoren aufs Haupt zu schlagen, damit die Welt wieder frei, demokratisch und gut werde. Und nur verwegene Spieler dürften annehmen, dass durch den Einsatz der Waffen das Spiel gewonnen werden könne. Wirtschaftliche Verelendung

und politischer Niedergang, namenlose Not und moralische Heruntergekommenheit wären alles, was die europäische Menschheit auf den Trümmern ihrer Städte und unter den Ruinen der abendländischen Kultur und Gesittung noch vorfinden würde. Die Sieger selbst hätten nur Pyrrhussiege davongetragen.

Wenn trotzdem eines Tages keine Verständigungsmöglichkeiten mehr bestehen und infolge einer tragischen Verkettung von Umständen die Katastrophe hereinbrechen sollte, würde sich unser Vaterland wie vor einem Vierteljahrhundert inmitten einer kampferfüllten Welt befinden. Wie damals hätten wir keine Gewähr dafür, dass unsere Grenzen vom Einbruch fremder Heere verschont bleiben würden. Aber wie damals würden wir alles aufbieten, um eine rasche und wirksame Verteidigung der Grenzen zu organisieren und wenn nötig demjenigen mit der Waffe in der Hand zu widerstehen, der sie verletzen sollte. Uebrigens ist dies nicht die einzige Form, die ein zukünftiger Konflikt annehmen kann. Mehrere Hypothesen sind erlaubt. In Augenblicken internationaler Spannung können überraschende Szenen- und Stellungswechsel im Mächtekoncert eintreten. Standpunkte, die man für solid hielt, können zusammenbrechen, Allianzen können plötzlich auseinanderfallen, Regierungen können stürzen, Unnachgiebige können nachgiebig, Starke schwach werden, die Völker selbst können auf ihre Regierungen einen unwiderstehlichen Druck im Sinne des Friedens — selbst mit Opfern — ausüben, Konflikte, die den ganzen Mechanismus der gegnerischen Koalition auslösen sollten, werden vielleicht lokalisiert, diplomatische Positionen und bedrohte Völker vielleicht geopfert werden. Niemand kann es wissen. Und eine verwerfliche Torheit wäre es, würde man seine Wünsche für politische Realitäten halten oder Voraussagen wagen, die den Imponderabilien nicht Rechnung tragen.

Dennoch ist letzten Endes die aussenpolitische Aufgabe der Schweiz inmitten der „Arglist der Zeit“ einfach und eindeutig. Die jahrhundertealte Staatsmaxime der Neutralität schreibt sie uns vor. In einem Vortrag an der E.T.H. hat der Genfer Professor William Rappard mit grossem Nachdruck den Unterschied hervorgehoben, der zwischen „unserer diplomatischen Position inmitten unserer geographischen Nachbarn“ und „unserer moralischen Position gegenüber den beiden rivalisierenden Ideolo-

gien" besteht. Ueber unsere aussenpolitische Stellung führte der Redner aus: „In diesem Punkt herrscht in allen Gegenden der Schweiz eine beinahe vollständige Einstimmigkeit. Unsere Position ist die einer absoluten Neutralität und sie muss es bleiben; sie ist die Vorbedingung unserer inneren Eintracht und unserer Unabhängigkeit zugleich. Ausserdem wollen wir durch diese skrupelhafte Neutralität das unumschränkte Vertrauen aller unserer Nachbarn verdienen und ihnen jeden gerechtfertigten Grund, ja jeden Vorwand zur Intervention oder zu einer Unter-Drucksetzung nehmen.“¹⁾

Der Willen zur Neutralität, aber auch der furchtlose nationale Verteidigungswillen im Fall eines Angriffs ist vor einem Jahr — unter dem Eindruck der Besetzung Oesterreichs — in der Bundesversammlung in feierlichen Erklärungen des Bundesrates und der Landesparteien zum Ausdruck gebracht worden. Als neuerdings der Präsident eines kleinen Staates von einer Grossmacht zur Auslieferung seines Landes gezwungen wurde, fand ein Mitglied des Bundesrates ein sogleich volkstümlich gewordenes Wort, das die schweizerische Stellungnahme so glücklich umschreibt, dass es auch hier wieder stehen möge. Bundesrat Obrecht erklärte: „Man muss im Ausland wissen: Dem, der uns angreift und unsere Unabhängigkeit und Unversehrtheit verletzen will, wartet der Krieg. Es wird in der Schweiz nicht vorkommen, dass wir zuerst ins Ausland wallfahrten gehen.“

Ich glaube, über die Grundsätze und Ziele der schweizerischen Neutralitäts-, Unabhängigkeits- und Wehrpolitik sind sich im Grunde alle Schweizer einig. Die Ereignisse in Europa haben mächtig dazu beigetragen, dass alle Schweizer gleich zu denken lernten. Dennoch bestehen Meinungsverschiedenheiten über die anzuwendenden Methoden, über die aussenpolitische Taktik, gleichsam über den Grad und die Intensität, über den Tonfall und die Formulierung unserer nationalen Aufgaben. Ich scheide von vorneherein eine Handvoll Leute aus der Diskussion aus: Erneuerungsfanatiker der äussersten Rechten, Ideologen der äussersten Linken, desorientierte Utopisten und Sonntagsjournalisten, Entwurzelte, die nach fremden Vorbildern schielen, jene

¹⁾ L'Individu et l'Etat en Suisse, par William E. Rappard, Polygraphischer Verlag, Zürich, 1939.

politischen Sektierer und Dilettanten, aus denen in anderen Ländern die Seiss-Inquart, die Henlein, aber auch die Negrin und die Bela Kun hervorgegangen sind und die bei uns nicht einmal genug Wähler finden, um ihren Parteien in den Gemeinde- und Kantonsvertretungen, geschweige im Bundesparlament eine Fraktion zu sichern. Es ist ja gerade ein wertvolles Aktivum unserer alten politischen Tradition und der in langer Selbstregierung erlangten Erfahrung, dass das Schweizer Volk ebenso abgeneigt gegen Experimente wie zugänglich für die Gebote der Vernunft und des gesunden Menschenverstandes ist.

Dennoch ist es eine Tatsache, dass Kritiken an der Aussenpolitik des Bundesrates und an Herrn Motta im besonderen geäußert werden. Es ist im allgemeinen nicht üblich bei uns, sich mit vielen Worten für den Bundesrat einzusetzen oder einem einzelnen Mitglied dieser obersten Behörde Komplimente zu machen. Aber angesichts gewisser Angriffe und gewisser Missverständnisse soll man auch nicht zögern, seiner frei und unbeeinflusst erworbenen Ueberzeugung Ausdruck zu geben, dass diese Aussenpolitik gut, d. h. den Landesinteressen angemessen war und dass der Kurs, den Herr Motta seit Jahren zwischen vielen Klippen hindurchsteuert, für die Schweiz ein Segen war. Die Politik Herrn Mottas war unabhängig und weitblickend. In der ersten Völkerbundsversammlung in Genf im Jahre 1920 befürwortete er die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, was angesichts der damaligen Schwäche Deutschlands und der Abneigung Frankreichs gegen einen solchen Vorschlag mutig war und der Auffassung der Schweiz entsprach, der Völkerbund müsse universell sein und die Gegner von gestern zusammenführen. Mit der Politik Briand-Stresemann und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wurde diese Auffassung für mehrere Jahre in die Wirklichkeit umgesetzt. Es war auch Herr Motta, der vor vielen Jahren Bedenken und Vorbehalte gegen die Aufnahme Abessinians in den Völkerbund geltend machte, in der Erkenntnis, dass dieses afrikanische Staatswesen die Vorbedingungen nicht genügend erfülle, um als gleichwertiges Mitglied der Genfer Liga anerkannt zu werden. Wohlgemerkt vertrat damals Italien einen gegenteiligen Standpunkt und stimmte für die Aufnahme des Reiches des Negus. Wenn also, könnte man versucht sein zu sagen, die

Völkerbundsversammlung damals auf die Stimme des schweizerischen Vertreters gehört hätte, so ... In der Frage der Aufnahme Sowjetrusslands in den Genfer Bund war die Neinstimme unseres Aussenministers die Vorbedingung dafür, dass in unserem Land nicht eine unwiderstehliche Bewegung für den Austritt aus dem Völkerbund die Oberhand gewinne. Die Distanzierung gegenüber der damaligen Politik Barthou-Litwinow, die die kollektive Sicherheit zu einer Einkreisungspolitik gegen Deutschland zu benützen versuchte, war für den Vertreter eines neutralen Staates und Nachbarn Deutschlands ein Gebot der elementarsten politischen Klugheit.

Dort unterschied sich übrigens die Politik des Bundesrates grundlegend von der Politik des Dr. Benesch. Dieser machte Grossmachtpolitik auf der schmalen Grundlage eines Kleinstaates. Er beteiligte sich aktiv an einer gegen Deutschland und gegen Italien gerichteten Politik. Das konnte und durfte der Bundesrat nicht. Herr Motta hat sich und uns bis anhin durch sein den Interessen und der Tradition der Schweiz entsprechendes Verhalten das bittere Schicksal Benesch's erspart. Er hat ferner rechtzeitig erkannt, dass bei einer gegen eine Grossmacht gerichteten Sanktionspolitik der Völkerbund den Kürzeren ziehen müsse. Zwar beteiligte sich die Schweiz mit gewissen Einschränkungen an einer Kollektivaktion gegen den Paktbrecher, zu der sie als Mitglied des Bundes verpflichtet war. Aber es ist nicht das geringste Verdienst des tessinischen Mitglieds unserer Regierung, dass trotz dieser Episode unsere Beziehungen zu unserem südlichen Nachbarn nicht getrübt wurden. Die für die Öffentlichkeit überraschend kommende Anerkennung des italienischen Imperiums litt an dem Fehler, dass sie das Volk ganz unvorbereitet und unaufgeklärt traf und nachher in einer etwas unwirschen Art gerechtfertigt wurde. Aber sollen wir Frankreich und England darum beneiden, dass auch sie nach dem Abkommen von München in einer für sie fast demütigenden, jedenfalls nutzlosen Art das Imperium anerkennen mussten? Die Stürme des Jahres 1938 konnte die Schweiz im Besitz einer diplomatisch gut vorbereiteten und durchgeführten Neu-Anerkennung ihrer umfassenden Neutralität durch die vier Grossmächte überstehen. Die nationalspanische Regierung anerkannten wir einige Tage vor den Westmächten,

anstatt in ihrem Schlepptau. Ist das zu bedauern? In einem Wort: seit Jahren hat es die Aussenpolitik des Herrn Motta verstanden, die Schweiz ausserhalb der Stromschnellen und Fährnisse der Weltpolitik zu halten, mit den Nachbarmächten gute Beziehungen zu pflegen und eine der Kleinheit, Exponiertheit und Neutralität unseres Landes entsprechende, übrigens konsequente und korrekte Haltung einzunehmen. Ist das wenig?

Wir wissen zwar: alles ist nicht gut in der unvollkommensten aller Welten; alles ist nicht wie es sein sollte und sein könnte in der ältesten aller Republiken. Vieles ist zu diesem Thema gesagt und geschrieben worden. Wir haben alle, denen das Wohl und Wehe unserer unvergleichlichen Heimat am Herzen liegt, vaterländische Sorgen. Aber wir müssen uns mit Zähigkeit, Geduld und gutem Willen waffnen, um diese schlimmen Zeiten zu überstehen. Wir müssen auch eine grosse Anstrengung machen, um unsere Lage und Aufgabe richtig zu verstehen. Es ist besser, wir sehen bitteren Wahrheiten ins Auge, als wir lassen uns von Wunschträumen in die Irre führen. In einem Moment, wo die ganze östliche Staatenwelt brüchig geworden ist und die Grenzpfähle in Mitteleuropa sich in einem wilden Walzer drehen, muss es sich erweisen, dass in unserm Land das Alpen-
gestein noch so hart ist und seine Bewohner noch aus so gutem Metall sind wie in den vergangenen Jahrhunderten. Die Unverbrüchlichkeit und Unerschütterlichkeit jedes einzelnen Schweizer Bürgers ist nötig, um im Zentrum Europas unsere Freiheit zu bewahren. Wir gehören zu keinem internationalen Defensiv- oder Offensivsystem, wir haben unsere Hand nicht im Spiel, wenn Grossmächte Abreden treffen über eine allfällige Hilfeleistung, wenn unsere Neutralität von dritter Seite verletzt werden sollte. Wir wissen nur, dass wir in keinem Fall, woher der Angriff immer kommen möge, unsere Neutralität interpretieren, sondern sie schützen werden. Wir wissen auch, dass wir uns nicht aktiv an den Kämpfen ideologischer Gruppen zu beteiligen haben, die so oft nur Fassaden für machtpolitische Interessen sind. Man erwartet von uns im Ausland nichts als eine Art heroische Festigkeit in der Unbewegtheit. „Sie darf sich nicht bewegen“, sagte im letzten Herbst ein Franzose von der Schweiz. „Sie muss ein Felsen sein. Ihre Aufgabe in Europa ist es, ein Felsen zu sein.“